TATblatt
+218

In der Türkei verhaftet

Sandra Bakutz, Redakteurin der Sendung "Anatolien Radio" auf ORANGE 94.0, dem freien Radio in Wien, wurde am 10. Februar unmittelbar nach ihrer Ankunft am Atatürk-Flughafen von Istanbul verhaftet. Nach 24-stündiger Polizeihaft wurde sie einem Haftrichter vorgeführt und später in jenes Gefängnis für politische Gefangene in Gebze überstellt, welches aufgrund der dortigen Haftbedingungen wiederholt Gegenstand ihrer journalistischen Kritik war. (-> Seite 3)

Wieder mal Donnerstagsdemo
gegen 5 Jahre FPÖVP

EKH bleibt! | 1. Prozesstag
Presseerklärung

VA-Tech zerschlagen
Das Ende der Verstaatlichten

RFID: Der Chip in Bibliotheken
Die Verantwortlichen im Briefwechsel ohne Problembewußtsein

Nach NS-Gross
Wieder Gutachterskandal: "Gehörlosenmilieu"

Widerstand in Israel
Die „Anarchists against the Wall"

März 2005
EUR 1,40

In dieser Ausgabe ...

03 -04 94.0 - Redakteurin in Türkei verhaftet
05 Kurzmeldungen
06 Demos gegen 5J. FPÖVP
07 EKH bleibt! 1. Prozesstag
08 -09 Das Ende der Verstaatlichten
10 Kurzmeldungen
11 -"-
12 -"-
13 Harz IV: Aktionen
14 RFID: Chip-News
15 RFID: Briefwechsel
16 EU: Datenschutz-beschwerde
16 FPÖ "Wahldebakel"
17 Gutachterskandal: "Gehörlosenmilieu"
17 Rollstuhl in ÖBB?
18 -19 Widerstand in Israel

Liebe Lesy,

Alle Printmedien, weltweit, kämpfen mit dem technologischen Wandel und gestiegenen Produktionskosten. Überraschung, auch wir machen keine Ausnahme. Ein Beispiel ist die Frankfurter Rundschau, die erst vor kurzem mit einer Geldspritze vor dem Konkurs gerettet wurde.
Als in Deutschland, lange vor Österreich, die Post ausgegliedert und die Zeitungstarife erhöht wurden, setzte das große Sterben in der Alternativpresse ein. Wir wissen das deshalb so genau, weil wir mit vielen von ihnen ein Austauschabo hatten und sehen mußten, wie eine kleine Zeitschrift nach der anderen wegen Finanzierungsproblemen aufhören mußte. In Deutschland hatte schon der Kahlschlag stattgefunden, als in anderen Ländern die Internetausgaben für einen LeserInnenschwund sorgten. Dieser Prozeß ist nicht abgeschlossen und betrifft mittlerweile auch große Zeitungen, die allesamt zugeben, daß die Internetausgaben sie wirtschaftlich schädigen.
Trotzdem versuchen weitere Medien ihr Heil in verringerten Produktionskosten durch Internetausgaben. Wir haben das ausführlich redaktionsintern diskutiert und sind für uns zu keinem letztendlich gültigen Schluß gekommen. Es ist aber Konsens, daß das TATblatt weiterhin primär eine Papierausgabe bleiben wird und daß Internetausgaben höchstens eine Ergänzung sein werden.
Wir haben angesichts des beschriebenen Sterbens der deutschen Alternativmedien allerdings frühzeitig vorgebaut und sind wirtschaftlich nicht bedroht. Mit einem geringen Aufwand, der hauptsächlich von Papier und Post aufgefressen wird, und gesicherten Einnahmen durch Spenden sind wir in der glücklichen Lage, daß immer nur relativ geringe Beträge fehlen, die durch Zusatzaktionen wie Feste, Spendenaufrufe usw. hereingebracht werden können.
Was uns zu schaffen macht, ist das Abnehmen der Abos, wobei gleichzeitig die großzügigen SpenderInnen zunehmen, und die Verringerung der Vertriebsstellen. In letzter Zeit sind uns nun gleich zwei abhanden gekommen: Die Anarchistische Buchhandlung sperrt zu, die Zentralbuchhandlung der KPÖ wollen wir nicht mehr beliefern. Wir arbeiten an Konzepten, das auszugleichen.
Wir sind besonders an einer Kooperation mit VeranstalterInnen interessiert. Das hat schon in der Vergangenheit gut funktioniert, daß Veranstaltungen im TATblatt beworben wurden und im Gegenzug das TATblatt dort präsent war. Für Hinweise und Angebote sind wir dankbar.
Inhaltlich ist die Redaktion stets im Zweifel, ob die Artikel auch wirklich interessieren. Falls Ihr einmal einen Kommentar abgeben möchtet, bitte. Abos werden leider in so gut wie allen Fällen ohne Bemerkung eingestellt und wir fragen uns immer, ob wir grenzenlos gelangweilt haben oder die AbobezieherInnen lieber mehr Bier trinken wollen, beabsichtigen Selbstmord zu begehen oder sonst wie aussteigen. Das klingt zwar makaber, ist jedoch auch Realität. Von bis zu 10 LeserInnen ist uns bekannt, daß sie emigriert sind, und einige - durchwegs sozial sehr engagierte - begingen tatsächlich Selbstmord.
Das TATblatt wurde immer mit dem Anspruch gemacht, bestehende Verhältnisse aufzubrechen und Mut zu Aktionen zu machen. Allerdings scheint es um die Inhalte nicht zu schlecht bestellt zu sein, denn ein Problem hatten wir praktisch noch nie: Genügend Beteiligte. Die Fluktuation ist zwar relativ groß, doch es gibt an sich immer genug Redaktionsmitglieder, und wenn wir uns darum kümmern, HelferInnen. Verzögerungen in der Produktion sind ausschließlich auf ein zeitweiliges Burnout der von Anfang an Dabeiseienden zurückzuführen, denen manchmal Ideen und Energie ausgehen, die aber als Erfahrendste die volle Verantwortung tragen.
Eines kommt ganz sicher: Die nächste Reform des Layouts. Nach umfangreichem Gehirnstürmen wurde letztens festgestellt, daß eine Nummer wie die andere aussieht und der Name TATblatt am Cover, die eigentliche Motivation für das Interesse, zu unauffällig platziert ist. Zudem werden möglicherweise wieder Bilder zur optischen Aufmöbelung, mit Sicherheit wieder in gewohnt grauenhafter Qualität, eingesetzt. Die Zurückstellung auf Recyclingpapier wird auf jeden Fall bei der nächsten möglichen Gelegenheit angepackt.

"Die Lage ist hoffnungslos, aber nicht ernst" lautet ein üblicher österreichischer Wahlspruch. Dem möchten wir uns im TATblatt nicht anschließen. Von hoffnungslos sind wir meilenweit entfernt, ganz im Gegensatz zur FPÖ. Aber etwas Hilfe von außen können wir manchmal ganz gut vertragen. Zum einen wären wir über Kommentare zu einzelnen Artikeln, die Euch gar nicht, mäßig oder gut gefallen haben, erfreut. Bitte eine übersichtliche, nicht zu lange Begründung mitgeben. Zum anderen sind wir für jede Anregung über mögliche Kooperationen mit bestehenden Projekten mehr als dankbar. Im täglichen Überlebenskampf vieler Initiativen wurde das generell etwas vernachlässigt.

Es wird ein TATblatt sein und die FPÖ wird nimmer sein

ORANGE-94.0-Redakteurin in Türkei inhaftiert

Sandra Bakutz, Redakteurin der Sendung "Anatolien Radio" auf ORANGE 94.0, dem freien Radio in Wien, wurde am 10. Februar unmittelbar nach ihrer Ankunft am Atatürk-Flughafen von Istanbul verhaftet. Nach 24-stündiger Polizeihaft wurde sie einem Haftrichter vorgeführt und später in jenes Gefängnis für politische Gefangene in Gebze überstellt, welches aufgrund der dortigen Haftbedingungen wiederholt Gegenstand ihrer journalistischen Kritik war. Da ihr Fall kurz darauf von der Oberstaatsanwaltschaft Ankara übernommen wurde, kann sie auch bereits wenig später nach Ankara überstellt worden sein.

Sandra Bakutz war als Mitglied einer internationalen Delegation in die Türkei geflogen, um als Beobachterin an einem Verfahren gegen linke Oppositionelle teilzunehmen. Sie wollte am 11. Februar einem Prozess gegen 64 in einer am 1. April 2004 gestarteten Massenverhaftungswelle inhaftierte Oppositionelle beiwohnen. Die Repressionswelle wird mit angeblich auf einer Diskette gefundenen Namen von AktivistInnen begründet, welche von AnwältInnen der Verhafteten als plumpe Fälschung bezeichnet wird. Der Prozess wurde mittlerweile auf 16. Mai vertagt. Rund 250 Angehörige, die sich am 11. Februar vor das Gerichtsgebäude begeben hatten, wurden von den Sicherheitskräften mit Schlagstöcken und Gasspray angegriffen. Es gab mehrere Festnahmen, wobei die Festgenommenen nach einer längeren Fahrt in den Polizeiwagen wieder freigelassen wurden. Sechs Personen wurden verletzt.

Über die konkreten Anschuldigungen gegen Sandra Bakutz und die Haftgründe kann derzeit im Wesentlichen nur spekuliert werden. Weder ihren AnwältInnen noch dem österreichischen Außenministerium liegen schriftliche Begründungen oder Anklageschriften vor. Nach inoffiziellen Aussagen gegenüber einem Anwalt stützt sich die Konstruktion einer Unterstützung der in der Türkei verbotenen DHKP/C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei/Front) auf einen Artikel in der Tageszeitung Hürriyett und eine angebliche Teilnahme an einer - legalen - Demonstration in Brüssel, vermutlich im Jahr 2000. Damals war Sandra tatsächlich in Brüssel, hatte allerdings nachweislich an Gesprächen mit EU-Abgeordneten teilgenommen. Ein Haftbefehl soll bereits ohne ihr Wissen seit mehreren Jahren vorliegen. Der Verdacht liegt nahe, dass, wie so oft in der Türkei, eine kritische Journalistin als Terroristin denunziert, durch monatelanges Warten auf einen Prozess und eine Strafdrohung von zehn bis 15 Jahre Haft unter Druck gesetzt und so zum Schweigen gebracht werden soll.

Bislang hatte lediglich kurz nach ihrer Verhaftung der österreichische Konsul in Istanbul sowie während ihrer Haft in Gebze ein Anwalt Kontakt mit Sandra Bakutz. Laut deren Aussagen gehe es Sandra den Umständen entsprechend gut. Es gebe keine Anzeichen von Folterungen. Über den Anwalt gelangte auch ein Brief Sandras an die Öffentlichkeit.

Die Unterstützung durch das österreichische Außenministerium und die österreichischen Vertretungen in der Türkei bewertete die in Wien für Sandra tätige Anwältin als überraschend gut. Allerdings seien auch diesen die Hände gebunden, weil vonseiten der türkischen Behörden keine Informationen kommen.

Der Verdacht liegt nahe, dass, wie so oft in der Türkei, eine kritische Journalistin als Terroristin denunziert, durch monatelanges Warten auf einen Prozess und eine Strafdrohung von zehn bis 15 Jahre Haft unter Druck gesetzt und so zum Schweigen gebracht werden soll.

Zuletzt hieß es, dass auch die Staatsanwaltschaft in Ankara bereits die Enthaftung Sandras beantragt habe. Dennoch blieb sie nach einer am 24. Februar stattgefundenen Haftprüfung weiter im Gefängnis.

aktuelle Informationen sowie Unterstützungsmöglichkeiten finden sich auf der Website von ORANGE 94.0: www.o94.at

Brief von Sadra Bakutz

Ich bin am 10. Februar im Rahmen einer internationalen Delegation nach Istanbul gereist. Das Thema, das mich insbesondere beschäftigte ist ein Massenprozess, der am 1. April 2004 mit einer Operation gegen sämtliche demokratische, legale Vereine und deren Mitglieder begann. Diese Operation ist von Italien ausgegangen, hatte jedoch vor allem repressive Massnahmen und Rechtsverletzungen gegen demokratische AktivistInnen in der Türkei zur Folge. Mehr als 100 Menschen wurden anhand von gefälschten Dokumenten und Disketten festgenommen. 82 davon verhaftet. Obwohl das Gericht entschied, dass die Disketten nicht als Beweismittel eingesetzt werden können, befinden sich immer noch dutzende Menschen in Haft und die Repressionswelle dauert an.

Da ich mich seit vielen Jahren für die Menschenrechte - unter anderem in der Türkei - einsetze, sind mir die Methoden, die gegen die demokratische Opposition in diesem Land angewandt werden, bestens bekannt. Ich habe mich oftmals an Beobachtungsdelegationen beteiligt und mit eigenen Augen gesehen, wie die Menschenrechte hier mit Füßen getreten werden. Folter steht immer noch an der Tagesordnung. Das wird durch sämtliche Menschenrechtsorganisationen und NGO's fast täglich bestätigt.

Eines der besten Beispiele für die "Scheindemokratie" sind die Gefängnisse, die nach wie vor eine offene Wunde sind. Menschen werden verhaftet und sind selbst dort ihres Lebens nicht sicher.

Im Jahr 2000 wurde ein massives Isolationsregime eingeführt, welches die Repression gegen Gefangene weiter verschärfen sollte. Gegen die Politik, die für die gesamte demokratische Opposition eine Bedrohung darstellt, gibt es seit 4 Jahren einen ausgedehnten Widerstand, bei dem bereits 118 Menschen ihr Leben verloren haben. Dennoch wird mit erbitterter Zensur versucht, diese Tatsachen zu verheimlichen. Ich betrachte es als eine Aufgabe, diese Umstände ans Tageslicht zu bringen und einen geringen Beitrag für demokratische Veränderungen zu leisten.

Nun bin ich selbst zur Zielscheibe geworden. Aber das wird meine Einstellung zu alldem nicht ändern. Ich bin als Mitglied der illegalen Organisation DHKP/C angeklagt, weil ich mich mit demokratischen Mitteln gegen dieses Unrechtssystem stelle. Ich möchte hier nun aufrufen, dass sich die Augen der internationalen Öffentlichkeit weiter auf die Türkei und auf die Umstände hier richten, damit das Schweigen endlich ein Ende nimmt.

18.Februar 2005, Sandra Bakutz

Wir fragten nicht um Erlaubnis, um frei zu sein.
Wir werden uns daher auch nicht entschuldigen!

Der 18. März ist der internationale Kampftag für politische Gefangene. Wir wollen ihn zum Anlass nehmen, um unsere Solidarität mit unseren gefangenen anarchistischen FreundInnen und Freunden zu zeigen und ihre sofortige Freilassung zu fordern.
Menschen, die gegen Herrschaft kämpfen, werden schon seit jeher verfolgt. Dies ist auch heute nicht anders.
Weltweit werden Anarchistinnen und Anarchisten eingesperrt, wenn sie den Reichen und Mächtigen unangenehm werden. Auch im scheinbar liberalen Europa wird die Repression immer stärker.
Im allgemeinen Verfolgungswahn vor dem Terrorismus werden immer willkürlicher Gesetze gemacht, welche die Herrschaftsverhältnisse schützen und ermöglichen, diese Welt weiter zu zerstören. Jene, die sich dagegen wehren, werden eingeschüchtert und - sollte dies nicht klappen - eingesperrt.
Wir lassen uns nicht einschüchtern und wir werden nicht aufhören, für die Gefangenen zu kämpfen.
Ziel ist nicht nur die Freilassung der anarchistischen Gefangenen, sondern die Zerstörung des ganzen Gefängnisapparats, sei es Haftanstalten, Abschiebeknäste und psychiatrische Anstalten. Tagtäglich beweisen diese Einrichtungen, dass sie den Menschen keinen Schutz bieten, sondern Konflikte nur verfestigen und verstärken.
Am 18. März wollen wir den ersten kleinen Schritt in diese Richtung machen. Wir rufen alle, die genug davon haben, sich ausbeuten und einschüchtern zu lassen, auf, sich unserer Demonstration für die Freiheit der anarchistischen Gefangenen anzuschließen. Auf dem Weg kommen wir an Botschaften von verschiedenen Ländern vorbei, wo wir die Freilassung der dort gefangenen AnarchistInnen fordern werden.

Die Menschheit kann nicht frei sein, solange nicht die letzte Gefängnismauer gefallen ist.
Es ist an der Zeit, dass die Angst die Seite wechselt!

Demo für die Freiheit der anarchistischen Gefangenen
Freitag, 18. März 2005
Treffpunkt: 17:30 Uhr | U4 Station Stadtpark / Johannesgasse

Film & Sacco und Vanzetti und Demo für die Freiheit der anarchistischen Gefangenen
17. März 2005 um 19 Uhr
V.E.K.K.S. (5, Zentagasse 26)

in Kürze

20 Jahre Frauenservice Graz

Im November 2004 wurde das Frauenservice, das aus der autonomen Frauenbewegung entstanden ist, 20 Jahre alt. Nun erschien auch eine Festschrift, die ein Bild von den autonomen Anfängen bis zum Programm 20 Jahre später zeichnet.

Die Frauenberatungsstelle bemüht sich trotz beschränkter Mittel "emanzipatorische und innovative Konzepte zur Förderung der Eigenständigkeit von Frauen" zu entwickeln und tut das noch immer. Allerdings ist auch in der Frauenberatungsstelle Graz eine Institutionalisierung eingetreten, verbunden mit einer stärkeren Inanspruchnahme durch Frauen.

Während jedoch in Niederösterreich der Kahlschlag regiert und einen Frauenberatungsstelle nach der anderen zusperren muß, scheint das politische Klima in der Steiermark so ein Vorgehen nicht zuzulassen. Land und Parteien haben sich zur Gratulation eingestellt, obwohl die Frauenberatungsstelle Graz mit den Zuständen in anderen Bundesländern inkompatible Inhalte, wie die Veranstaltung lesbischer Filmtage oder Beratung von Sexarbeiterinnen, vertritt.

Trotzdem fordert die Frauenberatungsstelle Graz auch nach 20 Jahren noch immer vergeblich eine Basissubvention. Das Land hat Kürzungen angekündigt, während der Bund und die Stadt Erhöhungen ausgeschlossen haben. Der Frauenberatungsstelle ist ihre Funktion im Kontext entsprechend bewußt: "Fraueninitiativen und andere marginalisierte soziale Initiativen fangen auf, was politisch nicht mehr gewährleistet werden kann/will."

Das waren 20 Jahre Frauenservice. Festschrift Heft 1/05 der Vereinszeitschrift Laufschritte
Bestellung:
Frauenservice Graz
Idlhofgasse 20
8020 Graz
Tel. 0316/7160220
Email: office@frauenservice.at

"Frauen für Frauen" bald am Ende?

Das Hollabrunner Beratungs- und Bildungszentrum "Frauen für Frauen" kann aus finanziellen Gründen bis auf weiteres keine Vorträge und Seminare mehr anbieten. Bislang bestand das Angebot auch aus einer Reihe von Vorträgen und Seminaren, die mittels Förderung finanziert wurden.

Heuer sind "lediglich gewisse Veranstaltungen davon betroffen". Das übrige Angebot und der Verein "Frauen für Frauen" selbst seien in seinem Bestehen jedoch nicht gefährdet. Die Geschäftsführerin weist darauf hin, dass weiterhin EDV-Kurse angeboten werden: "Die finanzieren sich selber".

Auch sonst sperrt in Niederösterreich Dank der konsequenten Aushungerungspolitik von Pröll und Mitmachos seit Jahren eine Frauenberatungsstelle nach der anderen zu.

8. März: internationaler FrauenLesbenMädchen-Kampftag

an.schläge zeigen rote Karte

Das feministische Magazin an.schläge zeigt Ministerin Rauch-Kallat am 8. März die ROTE KARTE!

Die Einkommensschere wächst. Frauen haben mittlerweile im Durchschnitt um 40% weniger Einkommen als Männer. Bei den Pensionen bekommen sie gerade einmal die Hälfte!

Lassen wir uns das nicht gefallen!

Das feministische Magazin an.schläge fordert:
: gleicher Lohn für gleiche Arbeit
: die Neubewertung von bezahlter und unbezahlter Arbeit
: Mindestsätze für Notstandshilfe und Arbeitslosengeld
: Mindestpensionen über der Armutsgrenze
: eine FRAUENMINISTERIN!!!

Demonstration am internationalen Frauentag:
Treffpunkt: 8. März, 17:00 Uhr, Wien Westbahnhof

Demos gegen 5 Jahre FPÖVP

Rund 520 Menschen (TATblatt-Zählung) beteiligten sich anlässlich des fünfjährigen Bestands der Rechts-Rechtsextrem-Koalition von ÖVP und FPÖ wieder mal an einer Donnerstagsdemonstration, die zu den Parteizentralen von FPÖ und ÖVP, zu Innen- und Bildungsministerium sowie zum Ort, an dem 2003 ein Afrikaner an den Folgen eines Polizeieinsatzes zu Tode gekommen war, führte.

TATblatt

Turbulente Szenen spielten sich - nicht zuletzt dank Koordinierungsfehler der Polizei - vor der neuen FPÖ-Zentrale in der Theobaldgasse ab. Zuerst stand die Demo an der nicht unerwartet errichteten Straßensperre (Tretgitter + SWB) an. Gerade als zwischen DemonstrantInnen und Behördenvertreter ausgehandelt worden war, wenn schon nicht direkt an der Parteizentrale vorbeigezogen werden könne, diese durch andere Gassen umrundet werden dürfe, wurde die Bewachung eines Gehsteigs für kurze Zeit vernachlässigt, was denn doch zu sehr einlud, in den verbotenen Bereich einzudringen. Die Polizei gab daraufhin auch die anderen Absperrungen auf. Die DemonstrantInnen konnten sich zwischen zahlreichen auf der Fahrbahn abgestellten Polizeifahrzeugen vor dem Eingang zur Parteizentrale sammeln.

Dort erschien sogleich - beschützt von einer Reihe SicherheitswachebeamtInnen - der mutmaßliche FPÖ-Generalsekretär Uwe Scheuch, um mehrere Minuten lang den Kopf zu schütteln. Als er wieder ins Haus zurück gehen wollte, und dies mit Jubel von den DemonstrantInnen quittiert wurde, drehte er sich gleich wieder um, blieb, und setzte auch das Kopfschütteln fort. Möglicherweise legte er Wert darauf, eines der Eier abzukriegen, die sich unterdessen auf den Weg zur Pforte der FPÖ machten, allerdings nur Türglas und Fassade verunreinigten.

Dem Trubel zum Opfer fiel bei der Gelegenheit auch ein Heckscheibenwischer sowie eine Nummerntafel und andere kleine Accessoires eines Polizeifahrzeugs.

Ruhiger verlief der weitere Verlauf der Demonstration:

:zum Stadtpark, wo an den Tod eines Aktivisten des Afrikadorfs im Zuge eines Polizeieinsatzes im Jahr 2003 erinnert wurde;

:zum Innen- und Bildungsministerium;

:zur Zentrale der ÖVP in der Lichtenfelsgasse, die schon deutlich besser abgesichert wurde als zuvor die FPÖ

:schließlich in den Rathauspark, wo ein angeblicher Demonstrant - der, wenn er wirklich bei der Demo gewesen war, früher gegangen sein musste - angehalten und perlustriert wurde, weil ihm vorgeworfen wurde, zuvor am Verlust des Kennzeichen des Polizeifahrzeugs beteiligt gewesen zu sein; die amtshandelnden BeamtInnen dürften vom Erscheinen der gesamten restlichen Demonstration eher überrascht worden sein, der Beamtshandelte durfte nach Aufnahme der Personalien wieder frei weggehen;

:abschließend zum Ballhausplatz, wo die Demo gegen 23 Uhr endete.

Während am Ballhausplatz die Demonstration beendet wurde, führte die Polizei in der U-Bahn-Passage Volkstheater zumindest eine Perlustrierung eines mutmaßlichen Demonstranten durch. Begründet wurde dies von Beamten auf Anfrage mit "nur so". AugenzeugInnen meinten eher amtliche Vorbehalte gegen die Hautfarbe des Beamtshandelteten wahrgenommen zu haben. Auch dieser Perlustrierte durfte nach Abschluss der Amtshandlung weitergehen.

Möglicherweise legte er Wert darauf, eines der Eier abzukriegen, die sich unterdessen auf den Weg zur Pforte der FPÖ machten...

Bei den Vorbereitungen der Aktionen zum Jahrestag des Antritts der Regierung von ÖVP und FPÖ am 4. Februar war es zu Konflikten gekommen, nachdem die KPÖ nach dem Verkauf des EKH an einen ehemaligen Aktivisten der rechtsextremen ANR sich nicht nehmen lassen wollte, sich an der Demonstration zu beteiligen. Andere wollten wiederum nicht Einigkeit mit jener Partei demonstrieren, die ihre Strukturen mit dem Verkauf des Gebäudes massiver Gefährdung

ausgesetzt hatte. Zumal die KPÖ sich in der Vergangenheit nicht gerade dadurch einen Namen gemacht hatte, Initiativen, an denen sie sich beteiligte, nicht zu vereinnahmen zu versuchen.

Letztlich gab es am Nachmittag des 4. Februars eine bunte Kundgebung am Ballhausplatz mit knapp 50 TeilnehmerInnen und nun am 10. Februar den einmaligen Versuch einer Neuauflage der Donnerstagsdemo.

Während viele ehemalige DonnerstagsdemonstrantInnen aus Distanzierung von der KPÖ daheim geblieben waren, ließen die Anwesenden auch nicht wirklich zu, dass es eine Demo nach Geschmack der KPÖ werden konnte. Denn von einem disziplinierten Ablauf kann nicht die Rede sein. KPÖ-FunktionärInnen konnten nur kaum ausgemacht werden, und wenn dann nur jene, die sich in den letzten Wochen zumindest kritisch gegen den EKH-Verkauf geäußert hatten.

Hausbesetzung
EKH: Bericht vom ersten Prozesstag 23 Feb 2005

by ekhbleibt!

Beobachtungen zum ersten Prozesstag des Räumungsverfahren gegen den Verein für Gegenkultur: der erste verhandlungstermin im räumungsverfahren gegen den verein für gegenkultur fand am 18.2.05 um 11 uhr am bezirksgericht favoriten statt. die rechtsgültigen und unbefristeten hauptmietverträge (für den gesamten 3. stock und die vereinsräumlichkeiten im erdgeschoß und keller) sollen laut eigentümerin im verfahren bestritten werden. der mietzins von einem schilling (7 cent) wird von der neuen klagenden partei nicht als miete anerkannt, obwohl diese verträge durch dieselbe richterin bereits mehrfach in gerichtsverfahren, wie etwa im räumungsverfahren gegen den verein für gegenkultur durch die damalige besitzerin und klägerin KPÖ beginnend vor etwa 14 Jahren, geprüft und anerkannt wurden. weiters wird dem verein für gegenkultur ein nachteiliger gebrauch des bestandsojektes nachgesagt, nicht näher definierte illegale ablagerungen sind dabei gegenstand des verfahrens, sowie rechtswidrige ein und umbauten im objekt wird vorgeworfen.. wir sind bestürzt zu hören, dass dem verein für gegenkultur vorgeworfen wird, dass er die bestandsfläche der beklagten partei als zentrum und versammlungsort gewaltbereiter anarchistischer szenegruppen zur verfügung gestellt haben soll, von denen wiederhohlte male anschläge gegen die öffentliche ordnung ausgingen. Es gab laut hrn RA hübner "gewaltsame einsätze auf opernballdemonstrationen und antiregierungsdemonstrationen. es hat nach der räumungsklage sprayanschläge auf das büro der immobilienverwaltung von petri & co gegeben, die dem verein nahestehenden personen zuzurechnen sind." die klagende partei will den stapoakt über den verein für gegenkultur innerhalb des verfahrens anfordern und einbringen, um den zusammenhang zwischen den räumlichkeiten und den gewaltbereiten anarchistischen gruppen zu beweisen. der verein für gegenkultur ist nach genauer prüfung aller unterlagen auf dem standpunkt, dass die räumlichkeiten rechtsgültig angemietet, instandgesetzt, genutzt und erhalten werden. der offensichtliche kriminalisierungsversuch des vereins durch die klagende partei kann wohl nur auf die gesinnung und geisteshaltung dieser zurückgeführt werden. diese liess sich aber spätestens bei kaufvertragsabschluss wissentlich ob der nutzung des bestandsobjekts mit der kommunistischen partei auf geschäfte ein. erster verhandlungstermin für den Infoladen X ist am 15 märz 9 uhr, am selben tag 11 uhrwird auch der räumungsprozess gegen den verein für gegenkultur fortgesetzt.

wir halten euch am laufenden!!!
info des RZ(rechtszeugs) kommandos

Kontakt:
ekhaus@med-user.net
www.ekhbleibt.info
www.med-user.net/ekh

Spendenkonto:
Dieter Schrage Kontonummer: 51405153501 BLZ 12000
Verwendungszweck: EKH BLEIBT!

VA Tech erfolgreich zerschlagen

Der Verkauf an Siemens bedeutet das Ende der ehemaligen Verstaatlichten Industrie in Österreich. Siemens wollte schon einmal, nämlich 1991, große Teile der damit verbundenen Firmen kaufen, scheiterte damals jedoch am Einspruch der USA. Nun ist es geschehen und manche weinen wieder einmal wegen des "Ausverkaufs".
Aber am Ende dieses Konzerns gibt es nichts zu betrauern. Die Konzernleitung und ihr chauvinistisches Personal sind für mehr menschliches Leid, soziales Elend und ökologische Katastrophen verantwortlich, als die österreichische Waffenindustrie je verbrechen könnte. Dies sei nach all den eingehenden Schilderungen über Staudammprojekte und Papierfabriken in Afrika, Asien und Lateinamerika von zahlreichen Nicht-Regierungs-Organisationen in den vergangenen Jahrzehnten noch einmal an einem Wasserkraftwerk in Laos erläutert.

TATblatt

Das Wasserkraftwerk Houay Ho in Laos ist auch nach der Fertigstellung 1998 noch ein Anlaß für Kontroversen. Houay Ho zweigt Wasser aus dem gleichnamigen Fluß ab, um damit Strom zu erzeugen, der nicht in Laos, sondern für die nächsten 30 Jahre in Thailand verbraucht wird. Mit den Stromexporten werden die Errichtungskosten abbezahlt.

1994 begann der südkoreanische Generalunternehmer Daewoo, der mittlerweile wirtschaftlich zusammengebrochen ist, mit dem Bau und vergab einen Subauftrag an die VA Tech. 3.000 Angehörige der ethnischen Gemeinschaft der Nya Heun wurden aus 30 Dörfern, die zerstört wurden, gewaltsam abgesiedelt. Die Regierung von Laos siedelte gleich auch die J'rou ab, wofür selbst die Kraftwerkserrichter keine Notwendigkeit erkennen konnten.

In mehreren Studien wurde zwischen 2001 und 2003 festgestellt, daß seitdem Knappheit an Boden, Wohnraum und Nahrungsmitteln herrscht und daß Sozialprogramme nicht realisiert wurden. Da die Ersatzhäuser ohne Toiletten und Küchen gebaut wurden, grassieren seitdem Krankheiten, besonders die Malaria.
Mitten in bis dahin geschlossenem Regenwald wurden 70 km Straßen errichtet. Gefährdete Tier- und Pflanzenarten sind vom Aussterben bedroht. Entlang der Straßen drangen thailändische Firmen in das Gebiet ein und fällten illegal Holz.

Hunderte ähnliche Projekte

In ihrer Geschichte haben seit den ersten Exporten 1951 die VA Tech-Firmen, insbesondere die Vöest und Elin, einige Hundert solcher Projekte gebaut. Das Management erging sich sogar in Lobhudeleien über die Zustände in Kolumbien, da dort Kraftwerke ohne Rücksicht auf Widerstände durchgesetzt werden. Türkei, Thailand, Brasilien, Venezuela, Indonesien, Philippinen, Burma, Iran, Irak: Überall wurde offen mit dem Militär kollaboriert, auch wenn auf der Baustelle einheimische Arbeiter erschossen wurden, die Baugebiete mit Giftgas geräumt oder durch Flächenbombardements befriedet wurden. Die Zahl der Vertriebenen geht in die Hunderttausende, tausende Quadratkilometer Regenwald wurden überflutet oder gerodet, unzählige Dörfer niedergemacht. Dann zogen die VA Tech-Leute ein und machten Gewinn für die österreichische Beschäftigtenelite, die dreist stets noch mehr Exportsubventionen für ihre Firma und für Diktaturen wie Indonesien unter Suharto forderte. Kritik wurde von beiden ignoriert, dem Diktator und seinen österreichischen Kollaborateuren.

An den Exportkrediten, beispielsweise an Suhartos Indonesien, wird aus dem Budget noch lange gezahlt werden, denn Indonesien ist ebenso Pleite, wie der Irak, dessen Schulden bereits erlassen wurden, oder der Iran.

Generaldirektor Albert Hochleitner von Siemens-Österreich: "Der Name VA Tech wird verschwinden."

Industriepolitik BRD gegen USA

Während die wohlstandschauvinistische Fraktion, besonders ÖGB und AK, stets die Linie für mehr Geld aus dem Staatshaushalt für die Firmen in Form von Exportkrediten, Haftungen und Subventionen vertrat, zeichnete sich um 1990 bei anderen Wirtschaftsbossen eine Änderung der Linie ab. Das System der Exportkredite kam zunehmend unter Druck, weil es die Staatshaushalte in allen Industrieländern zu sprengen drohte und zugleich Länder wie Mexiko, Argentinien, Jugoslawien oder Polen zahlungsunfähig wurden. Plötzlich war in den Medien von "Milliardengräbern der Anlagenbauer" die Rede, selbstverständlich nicht von den Opfern der Todesschwadronen, die auf den Baustellen aufräumten. Die SPÖ schwenkte um und dachte an einen Verkauf von Elin und Vöest an Siemens, Siemens war nahe dem lange gehegten Ziel, die Elektrobranche Österreichs zu schlucken. Doch im Vorstand der damaligen Dachholding saß unter fünf Vorstandsvorsitzenden einer, der anders dachte. Während vier für den Verkauf an Siemens war, legte Guido Klestil, der Bruder von Thomas Klestil, sein Veto ein. Guido Klestil war zuvor Chef von ITT Austria und der Amerikanischen Handelskammer in Österreich. Thomas Klestil war damals Generalsekretär für Auswärtige Angelegenheiten unter Alois Mock, zuvor österreichischer Botschafter in Washington. Die beiden Klestils waren gegen Siemens, weil die USA dagegen war. Die USA hatten nämlich auch insofern ein gewichtiges Wort mitzureden, als die in der US-Besatzungszone gegründete Vöest die Lizenz zum Bau von Turbinen von der US-Firma Allis Chalmer erhalten hatte und mit Mitteln des Marshall-Plans finanziert worden war. 1990/91 verhinderte folglich die ÖVP den Verkauf der VA Tech an Siemens und die VA Tech wurde zu 5% an den US-Konzern General Electric verkauft.

Heuer stellt sich die Situation anders da. Zwar sind die USA noch immer gegen Verkauf an Siemens, was an der Stellungnahme von General Electric zu ersehen ist, daß mit einem Verkauf an Siemens die Kooperation mit der VA Tech als beendet zu betrachten ist, doch Thomas Klestil ruht im Grab und Österreich ist in der EU. Zudem wurde die Weiterführung der VA Tech ab 1990/91 mit einer Rekordwelle an Exportsubventionen und öffentlichen Kredithaftungen erkauft, die zur budgetären Katastrophe mutieren wird. Die Verhandlungen über eine drohende Zahlungsunfähigkeit Indonesiens, zeitgleich mit Hilfsmaßnahmen nach dem Tsunami-Desaster geführt, ist nur der laue Anfang einer Lawine an Belastungen, die aus den Exporthaftungen - hauptsächlich während der Regierung Vranitzky eingegangen - erwartet werden kann.

Die Rechnung dafür wird aus dem Bundesbudget beglichen werden müssen. Für viele aus dem von dem Siemens-Deal nun betroffenen Angestellten, die sich in über 50 Jahren niemals zu einer Stellungnahme gegenüber den Verbrechen ihrer Firmen aufraffen konnten, wird nun auch die bittere Pille präsentiert. Es war schon 1990/91 klar, daß beispielsweise das Elin-Werk in Weiz, ein Hauptlieferant für diese Katastrophenprojekte in aller Welt, von Siemens über kurz oder lang zugesperrt wird.

> Derselbe zum Werk in Weiz: "Wir kennen die Sensibilität der Region, tatsächlich geht es aber nur um 300 von 17.000 übernommenen Mitarbeiter."

Für AktivistInnen, die sich in der Vergangenheit für Menschenrechte und Umwelt in den betroffenen Gebieten engagiert haben, ist jedes Mitleid mit den Beschäftigten der VA Tech fehl am Platz. Besser heute als morgen zusperren. Die Beschäftigten von Elin und Vöest haben lange genug von Mord, Elend und Umweltzerstörung profitiert.

Sea Shepherd gegen Seehundschlachten

Sea Shepherd fährt wieder. Ein Schiff des Kapitäns Paul Watson, der in der Vergangenheit zahlreiche Walfänger und Schlappnetzfischer sabotiert, gerammt und versenkt hat, ist an die kanadische Küste unterwegs, wo auch heuer 350.000 Seehunde mit Pickeln erschlagen werden sollen. Das makabre Event wird von der kanadischen Regierung hoch subventioniert. Seehundfelle sind Ladenhüter, weil die EU den Import verbietet und in die USA de facto keiner stattfindet.
Angeblich sollen die Seehunde an der geringen Fischdichte schuld sein. Tatsächlich sind die Fischgründe vor Kanadas Küsten gnadenlos überfischt worden.

Sea Shepherd hat vor Ort mit einigen Schwierigkeiten zu rechnen. Das "Gesetz zum Schutz der Seehunde" schützt nicht etwa die Seehunde, sondern die Seehundschlächter: Demnach ist es Dritten verboten, sich dem Ort des Abschlachtens zu nähern, Fotos oder Filmaufnahmen zu machen. Sea Shepherd hat trotzdem direkte Aktionen angekündigt und fordert zu internationalen Protesten auf. Diese können beispielsweise an die nächste kanadische Botschaft gerichtet werden.

The Canadian Embassy,
Laurenzerberg 2, 1010 Wien
Botschafterin: Ms. Ingrid Hall
Abt. Politische Angelegenheiten
(01) 531 38 3905
Fax (01) 531 38 3321
Email vienn@dfait-maeci.gc.ca

Info: www.seashepherd.org

Neues Pressebüro der Animal Liberation Front

Als Antwort auf unwidersprochene Kommentare von TiermißbraucherInnen nach Aktionen der ALF haben sich mehrere Personen in den USA zusammengetan, die Medien als Auskunftsstelle zu Ideologie, Hintergründen und Aktionen der ALF zur Verfügung stehen.

Das North American Animal Liberation Press Office dient ausschließlich zur Information und ist ausdrücklich kein Vertreter der ALF im Sinne eines/einer SprecherIn.

NAALPO
21044 Sherman Way, Ste 211
Canoga Park, CA 91302
USA
Tel: (001) 818 - 932 9997
www.animalliberationpressoffice.org

Tote bei Protest gegen Weltbank-Projekt

Im Dezember blockierten lokale GegnerInnen die Zufahrt zu einer Bergbaumine des kanadischen Konzerns Marlin in Guatemala. Die Weltbank ist mit einem 35 Millionen Dollar Kredit und einer Beteiligung an der Bergbaugesellschaft beteiligt. Militär und Polizei räumten die Blockaden und töteten zwei Personen.

Aktionen gegen solche und ähnliche Projekte der Weltbank werden von Bankwatch unterstützt und koordiniert.
www.bankwatch.org

15 Genfelder in Brandenburg geplant

Am 3. Februar ist das neue Gentechnikgesetz in Kraft getreten. Darin ist festgelegt, dass die Betreiber von Genfeldern spätestens drei Monate vor der Aussaat beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit ihr Vorhaben melden müssen. Nun liegt das Standortregister vor. Darin sind 15 Felder im deutschen Bundesland Brandenburg verzeichnet. Bereits seit mehreren Jahren wird in Brandenburg genmanipulierter Mais angebaut. Bisher haben die Betreiber die genauen Standorte der Genfelder verheimlicht.

Neben zwei Versuchsfeldern in Dahnsdorf (Teltow-Fläming), die von der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft betrieben werden, handelt es sich ausschließlich um kommerziellen Anbau. Der insektenresistente Mais der Firma Monsanto soll in folgenden Orten angebaut werden: Liebenwalde (Oberhavelland), Seelow, Gusow, Neutrebbin, Lebus, Hohenstein, Heinersdorf, Neulitzegöricke, Neureetz (alles Märkisch-Oderland). Das Ausbringen der Saat ist für April angekündigt. Es ist von massiven Protesten auszugehen.
Die Freilandversuche mit Genkartoffeln in Golm (Max-Planck-Institut) und Berge (Bayer-Tochter Solavista) sind noch nicht im Standortregister enthalten. Ob die Betreiber in diesem Jahr trotzdem einen Anbau planen, ist bisher unklar.

Standortregister
www.bvl.bund.de/standortregister.htm
und eine Karte unter
www.dosto.de/gengruppe

Informationen
Barnimer Aktionsbündnis gegen Gentechnik
Breitscheidstr. 43a, 16321 Bernau
Tel.: 03338 / 459407
gengruppe@dosto.de
www.dosto.de/gengruppe

USA: Tornado verbreitet Genpflanzen

Im Nordosten des Bundesstaates Colorado wütete im Juni 2004 ein Tornado. Seit Mai war dort das erste Versuchsfeld für biopharmazeutische Pflanzen in Betrieb. Der Standort wurde geheim gehalten, befand sich aber mit Sicherheit nahe der Ortschaft Sterling.

Seit dem Tornado fürchten BiobäuerInnen um ihre Produkte, da der Tornado Genweizen mit einem pharmazeutischen Protein verbreitet hat, das nicht zum menschlichen Verzehr vorgesehen ist, sondern zur Verfütterung an Rinder. Das Protein kann in das menschliche Immunsystem eingreifen.

"Schockiert"...

...waren nach eigenen Angaben zwei Polizeibeamte in der griechischen Region Mesogeia, als sie die Leiche eines 78-jährigen Mannes im Garten seines Hauses entdeckten. Nachschau hatten sie gehalten, weil sich der Mann mehrere Tage lang bei seinen Verwandten nicht gemeldet hatte. Er war an einem Herzstillstand verstorben.

Für den Schock war jedoch weniger der Verstorbene, als viel mehr seine 25 Hunde verantwortlich: Sie hatten ihren Hunger, nachdem sie eben

mehrere Tage auch nicht gefüttert worden waren, vom Leichnam ihres inzwischen Ex-Besitzers gesättigt. Dem Verstorbenen dürfte es schließlich eher egal gewesen sein. Bleibt noch zu klären, welchen Schock Haustiere davontragen, wenn sich deren Mitbewohner über Leichname von ArtgenossInnen hermachen...

Pinguine und die glückliche Facon

Eine Fortsetzung fand die Geschichte der Humboldt-Pinguine vom Bremerhavener Zoo, die mittels zugekaufter Weibchen sexuell umorientiert werden sollten (siehe TATblatt 217). Drei der fünf Pinguinpärchen sind nämlich schwul.

Kritisiert wurde der Versuch der Zwangsumorientierung nicht allein von WissenschafterInnen – es gibt keinen einzigen wissenschaftlich dokumentierten Fall, in dem sich schwule Pinguine "umorientieren" ließen – sondern auch von Schwulenaktivisten. Sie wandten sich per Brief und Email an Bremerhavener Politiker und forderten diese auf, den Versuch an den "rechtsunmündigen Schutzbefohlenen" zu unterbinden. Die SPD-Politiker sollten den Humboldt-Pinguinen "die organisierte zwangsweise Belästigung durch weibliche Verführungskünste" ersparen, zumal sich das Vorhaben nicht mit der von der SPD ermöglichten Lebenspartnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare vertrage.

Der Zoo sah sich inzwischen zu einer öffentlichen Erklärung genötigt: Die sexuelle Selbstbestimmung der schwulen Pinguine wird nicht beeinträchtigt. "Jeder kann hier nach seiner Facon selig werden", wie die Zoodirektorin meint.

Die Nachgiebigkeit des Zoos hat ganz praktische Gründe: Die schwulen Pärchen hatten die Weibchen einfach ignoriert. Versuch also fehlgeschlagen. Doch ganz so einfach will sich der Zoo noch nicht geschlagen geben: Nächstes Jahr wird erneut ein Umerziehungsversuch gestartet. Der heurige sei nämlich, so das Zoopersonal, zu spät gestartet worden. Die Paarungsphase finde nämlich zu Winteranfang statt, und da seien die Weibchen noch nicht in Bremerhaven gewesen. Bleibt zu klären: Warum findet sich keine Initiative für die Weibchen. Schließlich wurden diese weder freiwillig nach Bremerhaven verfrachtet noch gefragt, ob sie überhaupt an Sex mit männlichen Pinguinen interessiert seien...

Kiffende Kühe

Es war wohl in so ziemlich jeder Zeitung und in jeder Nachrichtensendung zu hören: Tetra-Hydro-Cannabinol (THC) macht Kühe glücklich! Mehr als 10% der schweizer BäuerInnen schwören darauf, dass ihre Kühe nicht nur gesünder und lebensfreudiger seien, seit sie mit Hanf gefüttert würden, sondern auch um bis zu 4% mehr Milch geben. Grund genug also, den Unsinn abzustellen: Ab 1. April ist die Verfütterung von Hanf an Milchkühe verboten, nachdem die Gesundheitsbehörde angeblich THC in der Milch gefunden hatte. Was irgendwie erstaunlich ist: Der verfütterte Hanf enthält nämlich so gut wie kein THC. Bleibt zu klären: Wer haftet, wenn sich die bald auf THC-Entzug befindlichen Tiere in der freien Natur selbst mit wildwachsendem Vogelhanf eindecken...?

Fliegende Hühner

Erstaunliches passiert in der australischen Stadt Newcastle: In den letzten drei Wochen durchschlugen mindestens drei Mal fliegende Hühner die Dächer von Einfamilienhäusern der Stadt. Da Hühner jedoch – siehe den Film Chicken-Run – nur selten und auch da nur mit Hilfsmittel fliegen können, handelt es sich selbstverständlich um besondere Hühner: Tiefkühlhühner.

Doch auch das erklärt das Phänomen nur mangelhaft. Zwar hing die Polizei eine Zeit lang der Theorie an, wonach große Vögel die gefrorenen Tiefkühlhendeln von Mülldeponien geholt und im Flug auf Grund des Gewichts wieder fallen gelassen hätten, doch fand sich weder eine Deponie mit Henderlkadaver noch eine Erklärung, warum die Dinger über drei Wochen hinweg gefroren bleiben sollten. Nächster Erklärungsversuch: Unbekannte beschießen die Stadt mit tiefgekühlten Henderlkadavern aus einer Riesenschleuder. Bleibt zu klären, wie es den unbekannten TäterInnen gelingen kann, ihre Riesenschleuder in der Kleinstadt zu verstecken...

Chemische Industrie jubelt:

Der Maiswurzelbohrer ist da! Diabrotica virgifera virgifera – der Maiswurzelbohrer – ist drauf und dran, Österreich zu überrollen. Der aus Amerika stammende Käfer wurde 1992 erstmals in Europa nachgewiesen und verbreitet sich seitdem unaufhaltsam. Am 10. Juli 2002 wurde er erstmals bei Andau im Burgenland erwischt. Nun breitet er sich unaufhaltsam um bis zu 40 km pro Jahr aus und hat bereits – so mensch der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) glaubt – ein Zehntel des Staatsgebiets eingenommen.

Der Untergang des Abendlandes steht kurz bevor, denn in Nordamerika verursacht der Käfer pro Jahr angeblich Schäden im Ausmaß von einer Milliarde Dollar. In der Europäischen Union gilt der Maiswurzelbohrer als Quarantäneschädling. Das bedeutet, dass sein Auftreten meldepflichtig ist und dass alle Maßnahmen ergriffen werden müssen, seine Verbreitung einzudämmen. Europaweit werden die Schäden durch den Maiswurzelbohrer mit rund 300 Millionen Euro beziffert. In Österreich konnten jedoch noch keine Schäden festgestellt werden.

Macht nichts: Dennoch haben die Chemische Industrie und die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit gemeinsam einen 35-minütigen Informationsfilm über den Maiswurzelbohrer produziert, damit auch alle BäuerInnen im Notfall wissen, mit welchem Gift sie dem Eindringling zu Leibe rücken sollen. Für korrekte Information garantiert dabei DI Karl Neubauer, Vertreter der IndustrieGruppe Pflanzenschutz (IGP). Dieser gehören Biotechfirmen wie Bayer CropScience und Syngenta an. Und – welch Wunder - „Neubauers Arbeitgeber, Bayer CropSience, bietet in Österreich Insektizide gegen den

Maiswurzelbohrer an", wie Global 2000 zu berichten weiß. "Beim Maiswurzelbohrer gibt es eine ganz einfache, ökologisch unbedenkliche Lösung: ein Wechsel der Fruchtfolge. Alles andere, Pestizide und Gentechnik, sind unnötig und bergen zum Teil unabsehbare Risiken für Mensch und Natur", so die Umweltorganisation. Bleibt zu klären, was noch zu klären bleiben könnte...

EuGH: McDonald´s und GB verletzen Menschenrechte

Es ist ja kaum zu glauben: Ein Gerichtsverfahren, dass seit frühesten TATblatt-Tagen Gegenstand unserer Berichterstattung war, ist nun zu einem positiven Ende gebracht worden. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschied kürzlich, dass jene zwei VegetarierInnen, die irgendwann in den Achtzigern von Mc Donald´s verklagt worden waren, weil sie unternehmenskritische Flugblätter verteilt hatten, in GB kein ordentliches Verfahren bekommen hatten.

Die beiden waren 1997 (nach über 300 Prozesstagen) wegen Verleumdung von Mc Donald's zur Zahlung von 40.000 beziehungsweise 36.000 Pfund (58.199 Euro bzw. 52.379 Euro) verurteilt worden. Der Richter entschied, dass einige auf dem Flugblatt enthaltene Behauptungen falsch seien - etwa, dass McDonald's für Hunger in der Dritten Welt verantwortlich sei und die Speisen krebserregend seien. Zugleich machte der Richter das Unternehmen aber für Tierquälerei und die Ausbeutung von Kindern zu Werbezwecken verantwortlich. Ein Berufungsgericht bestätigte das Urteil von 1999 weitgehend, setzte aber die Geldstrafe herab.

Vor dem EuGH erklärten die Anwälte der vegetarischen AktivistInnen, das Verfahren habe das Recht ihrer Mandanten auf freie Meinungsäußerung verletzt. Darüber hinaus kritisierten die Anwälte, dass ihren Mandanten während des ursprünglichen Verfahrens kein Rechtsbeistand gewährt worden sei. Die beiden Angeklagten aus London waren damals arbeitslos beziehungsweise Geringverdiener. Englische Gerichte stellten damals Angeklagten in Verleumdungsfällen keine Pflichtverteidiger zur Verfügung. Bleibt zu klären, ob das Gericht tatsächlich Dauerbrechreiz als anstrebenswerte Alternative zum Hunger in der Welt ansieht...

Die Lehren aus Spielberg und Klagenfurt

Panik erfasste in den letzten Wochen einige österreichische PolitikerInnen, denen ein paar Spielplätze davonzuschwimmen drohten. Doch nun, nachdem sich der Umweltsenat erfrecht hat, ein völlig vertrotteltes, nicht gesetzeskonformes und letztlich auch nicht beschäftigungsintensives Projekt in Spielberg als das zu benennen, was es ist und unbekannte einfache Parteimitglieder in Klagenfurt den Bau des Fußball-EM-Stadions (genau genommen ist es auch vertrottelt, ein 40.000 Menschen fassendes Stadion für zwei Wochen Fußball-EM in eine Region zu bauen, in der gerade einmal 90.000 Menschen leben) sabotiert haben, hat die Politik reagiert: In Reaktion auf die beiden Dramen wird zukünftig – nein, nicht das Umwelt- bzw. Vergabeverfahren optimiert – die Umweltverträglichkeitsprüfung für derartige Projekte einfach abgeschafft. Die Umweltverträglichkeitsprüfung und das darin mögliche Mediationsverfahren hat in der Vergangenheit dazu gedient, AnrainerInnenproteste wie auch Umweltbelastungen schon im Vorfeld der Projektplanung zu minimieren.

Hintergrund dieser Einschränkung der BürgerInnenrechte: Nachdem unbekannte einfache Parteimitglieder die Unterlagen im Vergabeverfahren zum Klagenfurter EM-Stadion an die Medien gespielt hatten, ist ein neuerliches Verfahren in der verbleibenden Zeit so gut wie nicht durchführbar. Schließlich soll im Juni 2008 bereits gekickt werden. Haken an der Sache: Ein entsprechender Gesetzesbeschluss wird mit Sicherheit vom VfGH wie auch vom EuGH aufgehoben werden. Um die Fußball-EM zu retten, müssen alle Verfahren zur Errichtung des Stadions abgeschlossen und mit dem Bau begonnen sein, ehe einer wie der andere darauf reagieren können. Bleibt zu klären, ob "einfaches Parteimitglied" zu sein ein Krankheitsbild ist...

Ordentlicher Haarschnitt entscheidend für Intelligenz

In der Heimat unseres ideologischen Vorbilds Kim il Sung, im sozialistischen Paradies Nordkorea, läuft derzeit in den Medien eine Kampagne für ordentliche Haartracht. Der Haarschnitt von Männern drückt demnach den "ideologischen Geist" des Trägers aus. Der Haarschnitt ist "das Sprungbrett, vom dem aus der Feind zurückgeschlagen wird". Durch einen ordentlichen Haarschnitt werden "korrupte kapitalistische Idee und Lebensstile bekämpft und der sozialistische Lebensstil gefestigt". Zudem hat ein unordentlicher Haarstil "negative Auswirkungen auf die menschliche Existenz".

Außer im Paradies Nordkorea scheint eine ähnliche Gesinnung allenfalls in den Universitäten Mode zu sein, wo stromlinienförmig angepaßte Schnösel seit einigen Jahren das Bild dominieren. Daß die Studis klüger als vor 20 Jahren, als sie noch lange Federn hatten, sind, wird vom Lehrpersonal bestritten. Dieses beklagt seit Jahren ein abnehmendes Niveau in Lehrveranstaltungen.

Menschenrechtsgerichtshof: Österreich verurteilt

Wiederum ist Österreich vom Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg rechtkräftig wegen der Diskriminierung Homosexueller verurteilt worden. Zwei Männer waren 2000 vom Landesgericht für Strafsachen Wien bzw. 2001 vom Landesgericht Wiener Neustadt nach dem alten Paragraf 209 zu Haftstrafen verurteilt worden, weil sie als Volljährige Beziehungen zu einem 16- bzw. 17-Jährigen hatten. Die Republik Österreich wurde zu 61.000 Euro Strafe verurteilt
Weit entfernt von jeder Problemeinsicht haben die JuristInnen des Verfassungsgerichtshofes in einem jüngsten Erkenntnis die Anerkennung einer in den Niederlanden geschlossenen Ehe zwischen zwei Männern abgelehnt. Die Entschließung der EU an alle Mitgliedstaaten aus dem Jahr 1998, durch die Gleichberechtigung von Homosexuellen jede Diskriminierung abzuschaffen, harrt weiterhin der Umsetzung durch Österreich.

Deutschland: Bilanz der **Aktionen gegen Hartz IV**

In Zusammenhang mit den ab Jänner 2005 geltenden Regelungen zur Überführung des bisherigen Arbeitslosengeldes in Alg II, eine Form entrechteter Sozialhilfe, hatten zahlreiche Initiativen zu Aktionen für den 3. Jänner vor und in den Arbeitsämtern aufgerufen. Der Erfolg der Aktionen wird sehr unterschiedlich beurteilt.

TATblatt

Einigkeit besteht lediglich in der Beurteilung in den Punkten, daß die Beteiligung in Vergleich zu den betroffenen Personen zahlenmäßig gering war und daß es von Seiten bürokratisierter Sozialinitiativen, wie Attac und DGB, zu massiven Versuchen der Entpolitisierung und Kanalisierung von Protesten gekommen ist.

Insgesamt sind 4,5 Millionen Arbeitslose von Alg II betroffen, sodaß ihr bisheriger Bezug von Arbeitslosengeld in Alg II umgewandelt wird. Etwa 25% werden aufgrund der neuen Regelungen von vorne herein keinen Anspruch mehr haben oder gestrichen werden, sofern sie nicht gleich von selbst auf einen Antrag, der 16 Seiten penibelster Ausforschung der Lebensumstände einschließlich der Eigentumsverhältnisse aller in der selben Wohnung lebenden Personen beinhaltet, verzichten. Nach Alg II ist jeder Privatbesitz vor einem Leistungsanspruch zu verwerten. Das ist in Deutschland eine weit größere Katastrophe als in Österreich, weil dort der Anteil an Eigentumswohnungen wesentlich höher ist. ÖsterreicherInnen verdienten immer schon deutlich weniger als Deutsche, was zum viel beklagten Leidwesen der hiesigen Immobilienbranche zu einer für Westeuropa unterdurchschnittlichen Eigentumsbildung beitrug.

Nach mehreren Großdemonstrationen im November 2004 fanden also am 3. Jänner zahlreiche Aktionen in 83 Städten statt. Insgesamt beteiligten sich geschätzte 20.000 Personen an diesen. In nur wenigen Orten konnte das Ziel Arbeitsagenturen (Arbeitsämter auf Neudeutsch) "dicht zumachen" erreicht werden. Meistens trug ein brachialer Polizeieinsatz entscheidend dazu bei, daß solches geschah. In den Gebäuden war Security-Personal hektisch um Ordnung bemüht. Manche Arbeitsagenturen wurden zusätzlich von Polizeigroßaufgeboten belagert. In Hannover wurde das Unabhängige Jugendzentrum mit polizeilicher Aufmerksamkeit bedacht und eine Gruppe von jungen Leuten drangsaliert. In Berlin prügelte die Polizei exzessiv, das Arbeitsamt war binnen kurzem durch den Polizeieinsatz geschlossen. Auch in Bremen schloß die Polizei das Arbeitsamt. In anderen Städten, in denen ebenfalls Aktionen stattfanden, befand sich dafür kaum Polizei vor den Arbeitsämtern.

Das Ergebnis der Aktionen wird in Berichten zwiespältig beurteilt. Zum einen gelangen zwar zahlreiche Aktionen, die Zahl der Teilnehmenden wird aber als zu gering gesehen. Zahlreiche alternative Medien sehen die Strategie, die Betroffenen über groß angelegte Aktionen zu mobilisieren, als gescheitert an und favorisieren nun die Taktik, durch direkte Hilfe in alltäglichen Auseinandersetzengen auf den Arbeitsämtern, beispielsweise

Manche Arbeitsagenturen wurden zusätzlich von Polizeigroßaufgeboten belagert...

In Berlin prügelte die Polizei exzessiv, das Arbeitsamt war binnen kurzem durch den Polizeieinsatz geschlossen.

bei der Bekämpfung ablehnender Beschiede, Widerstand zu leisten. Insbesondere die erfolgreichen Taktiken der französischen AktivistInnen, lokal und anlaßbezogen einen Strategie der Nadelstiche gegen Unternehmen und Behörden durchzuführen, werden als vorbildhaft gesehen.

Berichte:
www.graswurzel.net
www.contraste.org

Neues vom Chip

Die Industrie setzt nun zum Sprung an, den kleinen aus der Entfernung lesbaren RFID-Chip im Alltagsleben zu etablieren. Als erste Supermarktkette führt Tesco den sandkorngroßen Chip, der KonsumentInnen jeglichen Datenschutzes beraubt, in einigen Supermärkten in Großbritannien probeweise ein. Da zugleich die Bibliothek von Colechester als erste in Großbritannien auch auf RFID-Chips umstellen wird, tritt nun der datenmäßige Gau für KonsumentInnen ein, nämlich daß der Supermarkt mitlesen kann, welche Bücher KonsumentInnen lesen.

TAblatt

Die Colchester Bibliothek ist nur die erste von 30 Bibliotheken in Großbritannien, die planen auf RFID umzustellen. Sobald mobile oder stationäre Lesegeräte an welchen Standorten auch immer aufgestellt sind, kann ein/e BiobliotheksbenutzerIn damit, sofern sie ein solches Buch bei sich trägt, bewegungsmäßig erfaßt werden. Das betrifft beispielsweise den Einkauf in einem Tesco-Supermarkt.

Tesco ist bei weitem die größte Kaufhauskette in Großbritannien und strebt am aggressivsten die Umstellung auf RFID an, wodurch die Scannerkassen wegrationalisiert werden könnten, weil ein Lesegerät beim Durchfahren einer Lesezone automatisch alle Waren im Einkaufskorb erfaßt.

Tesco hat seit 2003 probeweise Waren mit RFID in den Regalen. Die Versuche wurden ohne Wissen der KundInnen durchgeführt. Bewiesen ist die Kooperation mit Gillette, wobei in Produkten RFID-Chips mitverpackt wurden.

Als die Tests mit Gillette-Produkten bekannt wurden, entwickelte sich daraus gleich ein handfester Skandal. Tesco hatte nämlich von Anfang an die RFID-versehenen Produkte mit Überwachungskameras kombiniert und die KäuferInnen solcher Produkte routinemäßig bespitzelt, sowie den Einkauf auf Video aufgezeichnet.

Nun läuft eine groß angelegte Boykottkampagne gegen Tesco, die die grundsätzliche Problematik von RFID-Chips ausführlich thematisiert.

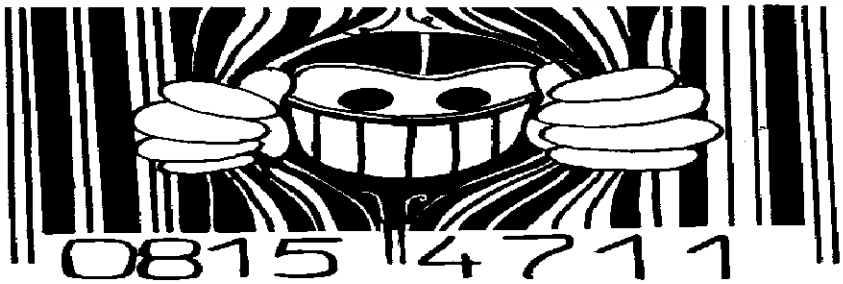
Weitere bekannte Absichten betreffen folgende Firmen und Produkte: Schon jetzt gibt es RFID-Chips in Kleidungsstücken, die von der US-Kette Wal Mart verkauft werden, sowie in Gillette-Rasierern in den USA. Angeblich sollen ab nächstem Jahr Chips in allen Reifen der Marken Michelin und Goodyear eingebaut werden. Ab 2006 sollen auch alle neu ausgegebenen Euro-Banknoten Chips enthalten.

In den USA wird die Entwicklung der Chips massiv vom Verteidigungsministerium subventioniert. Ab 2005 müssen alle ausländischen Pässe, ab 2006 auch alle US-Pässe Chips für einen Grenzübertritt in die USA enthalten.

bar jeden Problembewußtseins:

verfolge unseren Briefwechsel mit den Städtischen Büchereien auf der nächsten Seite!

www.arge-daten.at
www.boycotttesco.com



Wir haben uns, wie so häufig, an eine zuständige Institution gewandt und erfreulich schnell eine bar jeden Problembewußtseins erstellte Antwort erhalten. Das scheint der typische Bewußtseinsstand einer Bürokratie zu sein, die nichts außer ihrem Selbsterhalt im Kopf hat.

Betreff: Einsatz von RFID-Chips

Direktion:
Dr. Alfred Pfoser

Sehr geehrter Herr Dr. Pfoser!

Als **Direktor der Städtischen Büchereien** Wien möchten wir Sie um eine Stellungnahme bezüglich des Einsatzes von RFID-Chips ersuchen.

Diese Technologie stellt einen schweren Eingriff in Persönlichkeitsrechte dar. In den USA haben Bürgerrechtsgruppen in Ausschüssen vor dem Kongreß gegen entsprechende Pläne der Bibliothek von San Francisco protestiert, Widerstände der gleichen Art gibt es auch in Großbritannien gegen die Absicht der Bibliothek von Leicester als erste britische Bibliothek RFID- Chips zu verwenden. In Großbritannien entzündet sich der Protest auch daran, daß zugleich die größte Supermarktkette Tesco RFID- Chips einführen möchte, was zur absehbaren Folge haben wird, daß Tesco Bibliothekschips mitlesen wird.

Uns würde interessieren, welche datenschutzrechtlichen Erwägungen bei der Entscheidung der Städtischen Büchereien Wien erhoben wurde, welche Institutionen und Behörden, die mit Datenschutz befaßt sind, eingebunden waren, und warum die Interessenabwägung letztendlich für den Einsatz dieser Technologie ausgegangen ist.

So weit uns bekannt ist, wurde mit der Realisierung die Firma Siemens beauftragt. Können Sie ausschließen, daß in die Entscheidung die Tatsache eingeflossen ist, daß die ehemalige Finanzstadträtin und Staatsekretärin Brigitte Ederer nach der Niederlegung ihrer Funktion als Stadträtin direkt in den Aufsichtsrat von Siemens übergewechselt ist?

Wir erwarten mit Interesse Ihre Stellungnahme, die in unsere Berichterstattung Eingang finden wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

From: Pfoser Alfred <alfred.pfoser@buechereien.wien.at>
2005-02-17 15:11:12
To: "`TATblatt'" <TATblatt@blackbox.net>

Sehr geehrter Herr Dr. Novak!

Die RFID-Technologie ersetzt bei den Büchereien Wien teilweise die durch BibliothekarInnen getätigte EDV-Verbuchung bei der Ausleihe und Rückgabe. D.h. die Daten der Medien, die entliehen bzw. zurückgegeben werden, werden jetzt mittels RFID-Technologie mit der Datenbank und dem dortigen Stammblatt des jeweiligen Benutzers in Verbindung gebracht. Im Fall des Datenschutzes ändert sich für den Benutzer nichts/wenig. Wir erkennen keinen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der BenützerInnen.
Die Büchereien Wien haben Hardware und Software der angewandten RFID-Technologie von der ekz in Reutlingen/BRD bezogen, diese Firma hat den Zuschlag nach einem Bieterverfahren bekommen. Mittlerweile ist die neue Bibliothekstechnik an die Firma biblioteca-RFID mit Sitz in der Schweiz weiterverkauft worden und wird von dort betreut und weiterentwickelt. So weit wir wissen, hat die ekz einiges Know-how in der frühen Entwicklung der Bibliothekstechnik von Siemens (wie von anderen Firmen) angekauft.
Selbstverbuchung-Systeme sind mittlerweile in vielen deutschen Bibliotheken im Einsatz. Alle (!) niederländischen Öffentlichen Bibliotheken sollen demnächst umgestellt werden. Mit Interesse beobachten wir die Debatte in den USA und in Großbritannien.

Mit freundlichen Grüßen, Alfred Pfoser

Datenschutz-Beschwerde an die EU **erfolgreich**

Nach EU-Beschwerde zur Unabhängigkeit der Datenschutzkommission (DSK) werden im Bundeskanzleramt (BKA) erste Schritte zur Erfüllung der EU-Richtlinie Datenschutz unternommen.

Arge Daten

Ende 2003 brachte die ARGE DATEN bei der Europäischen Kommission eine Beschwerde zur mangelnden Unabhängigkeit der österreichischen Datenschutzkommission ein. Kern der Beschwerde waren die undurchsichtigen personellen Verflechtungen und Verfilzungen zwischen Bundeskanzleramt, Datenschutzrat und Datenschutzkommission und die Vermischung von Datenschutzkontrollaufgaben, die die DSK wahrzunehmen hätte und operativen Verwaltungsaufgaben, wie es das Ausstellen von Stammregisterzahlen durch die DSK nach dem E-Government-Gesetz vorsieht. Die Beschwerde wurde eingebracht nachdem die mehrfach in Österreich vorgebrachte Kritik ohne Wirkung blieb.

Weisungsgebundene BeamtInnen des Bundeskanzleramts, die am "Vormittag" Verwaltungsentscheidungen treffen, konnten in die Situation kommen am "Nachmittag" als weisungsfreie Mitglieder der DSK über Beschwerden zu diesen Verwaltungsentscheidungen zu entscheiden.

Besonders problematisch ist die Situation bei der Vergabe der E-Government-Stammregisterzahlen. Kommt es bei dieser typischen Verwaltungshandlung zu einem Datenschutzproblem, wäre die einzige Beschwerdestelle die Datenschutzkommission, also genau jene Stelle, die das Datenschutzproblem verursacht hat.

Organisatorische Maßnahmen

Das Bundeskanzleramt reagierte auf die Beschwerde offenbar widerwillig, aber doch. So erfolgte zumindest eine personelle Trennung zwischen der Datenschutzabteilung im Bundeskanzleramt und der Datenschutzkommission. Auch die Präsentation der Datenschutzkommission nach außen wurde verbessert.

Immerhin hat die DSK nun eine eigene Homepage: www.dsk.gv.at

NÖ-Wahl: FPÖ am Sand

Am 6. März finden in Niederösterreich Gemeinderatswahlen statt. In der Gemeinde Leitzersdorf tritt die FPÖ nicht an, weil der FPÖ-Gemeinderat Radosztics keine KandidatInnenliste abgegeben hat. Ein unter vielen Indizien dafür, daß die FPÖ in einem Debakel untergehen wird. Die Anzahl der Gemeinden, in denen die FPÖ antritt, hat sich halbiert.

Matthias Radosztics wollte der "Freunderlwirtschaft in der Gemeinde" den Kampf ansagen und sein Mandat im Gemeinderat verteidigen. Um die Kandidatur amtlich zu machen, hätte er die Liste der KandidatInnen am Gemeindeamt abgeben müssen. Bürgerliste, ÖVP und SPÖ schafften das.

Radosztics wusste nichts von einer versäumten Frist. "Was soll ich machen, wenn mich die Partei nicht erinnert. Noch vor wenigen Tagen hat es geheißen, es ist alles in Ordnung. Das habe ich zur Kenntnis genommen.

Auch FPÖ-Bezirkschef Robert Koppensteiner, der Radosztics kurz vorher Werbematerial gebracht hatte, fiel aus allen Wolken: "Das wäre mehr als unangenehm. Für die Partei und für ihn sehr bedauerlich. Eine gewissen Eigenständigkeit muss man bei den Kandidaten schon voraussetzen können. Matthias Radosztics hat sich selbst um eine Chance gebracht, wieder in den Gemeinderat einzuziehen. Wir werden die Geschehnisse intern klären. Aber was soll man im Nachhinein machen?"

Bezirk Gmünd: Nur 6 Kandidaturen

Dort ist die FPÖ in 13 Gemeinderäten vertreten, schaffte eine Kandidatur aber nur in 6 Gemeinden.
In Gmünd selbst ist das letzte Aufgebot angetreten. Gemeinderat Alfred Schorli tritt nicht mehr an. Statt dessen ist ein 19-Jähriger Spitzenkandidat. Weitere Kandidaturen gibt es nur noch in Litschau, Brand-Nagelberg, Schrems, Heidenreichstein und eine FPÖ-nahe Liste in Unserfrau-Altweitra.

Nach NS-Gross
wieder Gutachterskandal

Nachdem die Affäre von NS-Gross nun vom politischen Establishment einigermaßen entsorgt wurde, macht der nächste Gerichtsgutachter am Landesgericht für Strafsachen in Wien mit den aktuellen Thesen aus dem Jahr 1914 Furore. Wolfgang Friedl verbreitet in einem Gutachten die These, daß Gehörlose "verleumderisch", "geschwätzig" und "Taubstummenvereine Brutstätten dieser Bakterien" - gemeint sind taubstumme Personen - sind. In nacheilendem Gehorsam sprach die APA von einem "Gehörlosen-Milieu".

Bizeps, TATblatt

Selbst als das Justizministerium bereits eine Weisung erteilt hatte, Heinrich Gross nicht mehr als Gerichtsgutachter zu bestellen, u.a. wegen der laufenden Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen NS-Verbrechen am Steinhof (Am Spiegelgrund), ließen es sich einzelne RichterInnen am Landesgericht für Strafsachen Wien nicht nehmen, Gross weiter zu beschäftigen. Schon damals zeigte sich deutlich die dort herrschende Gesinnung.

In einem Prozeß um versuchten Mord, wobei Täter wie Opfer gehörlos sind, bestellte das Gericht Wolfgang Friedl als Gerichtsgutachter. Dieser äußerte die These, daß die beiden Täter "emotional auf der Entwicklungsstufe von Kleinkindern und daher an der Grenze der Strafunmündigkeit" seien und "starke Defizite im Sinne einer Persönlichkeitsstörung besonders in sozialer Dimension" aufweisen würden.

Zum Nachweis dieser These führte er in dem Gutachten eine Quelle aus dem Jahr 1914 an: "Die Taubstummen gehören zu den geschwätzigsten und verleumderischsten Menschen ... und häufig sind die Taubstummenvereine Brutstätten dieser Bakterien." Friedl zog daraus folgenden Schluß: "Angesichts ihrer Behinderung ist die Delinquenz der Gehörlosen erstaunlich gering".

Die APA kommentierte den Prozeß mit folgendem Text: "Mit langjährigen Haftstrafen für die beiden Angeklagten ist am Freitagnachmittag im Wiener Landesgericht der Prozeß um einen versuchten Mord im Gehörlosen-Milieu zu Ende gegangen."

Zum Nachweis dieser These führte er in dem Gutachten eine Quelle aus dem Jahr 1914 an:"...äufig sind die Taubstummenvereine Brutstätten dieser Bakterien."

Angesichts dieser unglaublichen Diktion gibt es Forderungen, Gutachter Friedl von der Liste zu streichen. Denn daß das Landesgericht für Strafsachen sonst weiterhin Gross, Friedl und Konsorten beschäftigt, haben die RichterInnen in der Vergangenheit ausreichend bewiesen.

ÖBB: Angebot nochmals verschlechtert

Bizeps

Mit der Fahrplanumstellung der ÖBB am 12. Dezember 2004 verschlechterte sich in Oberösterreich die Situation für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer. Die Behindertensprecherin der Grünen, Theresia Haidlmayr, spricht von einer "gravierenden Verschlechterung", da Sonntags ab Wien in Richtung Steyr vier Züge gestrichen wurden.

"Wir sind uns dieser Problematik bewusst", streitet ÖBB-Pressesprecher Mario Brunnmayr dieses Mal das Faktum gar nicht ab. Begründet wird die Verschlechterung mit dem Umbau von Waggons. "Wir schauen, dass wir dieses Problem rasch ausmerzen", sagt der Pressesprecher und kündigt - wie zu erwarten unbestimmt - an, dass dies "in der nächsten Zeit" geschehen werde.

Damit kommt die ÖBB innerhalb von wenigen Tagen schon zum zweiten Mal ins Gerede. Schon am 10. Februar 2005 sorgte die groß und feierlich zelebrierte Vorstellung der neuen - und unzugänglichen - Speisewagen für Aufregung.

Herrschaftsloses gelobtes Land?

Das Spektrum an Gruppierungen oder Organisationen, welche sich in der israelischen Linken wiederfinden, ist äußerst vielfältig: Ta´ayush (Gemeinschaftsprojekt von Israelis und PalästinenserInnen, gegründet nach Beginn der zweiten Intifada), Gush Shalom (mit dem bekannten Aktivisten und Gründer Uri Avnery an der Spitze), Rabbis for Human Rights, Machsom Watch (Frauenorganisation welche bei Checkpoints Präsenz zeigt), Kvisa Shchora/Black Laundry (Gruppe von Lesben und Schwulen, die gemeinsam für die Rechte von Homosexuellen, Feminismus und gegen die Okkupation kämpfen) sind nur einige wenige dieser Gruppen aus Israel. Seit nun über einem Jahr macht eine neue, in manchen Bereichen weitaus radikalere Gruppe von Israelis lautstark auf sich aufmerksam. Die „Anarchists against the Wall", gegründet als „direct-action group" auf einem über 4 Monate andauernden Friedenscamp in dem Dorf Ma´sha (Westbank), versuchen mit ihren engagierten und mutigen Aktionen ein lautes „Nein" zur Situation in Israel/Palästina zum Ausdruck zu bringen.

K.

Warum „against the Wall"?

Wenn mensch sich mit diesem Bauvorhaben(i) näher auseinandersetzt, drängt sich einem der Verdacht auf, dass Interessen, die nicht im Entferntesten mit dem so gerne vorgebrachten Sicherheitsargument in Verbindung gebracht werden können, scheinbar eine vordergründige Rolle spielen. Einige der Fakten, welche den Mythos des „Sicherheitszaunes" ins Wanken bringen, sind schnell aufgezählt. Ein unübersehbarer Widerspruch lässt sich darin erkennen, dass der „Sicherheitszaun" nicht nur zwischen Israelis und PalästinenserInnen verläuft, sonder oft, fernab der Grünen Linie, PalästinenserInnen von PalästinenserInnen trennt. Uri Ayalon, Journalist und aktives Mitglied der „Anarchists against the Wall" führt die Problematik folgendermaßen aus: „11 700 Menschen in 13 Dörfern werden zwischen der Mauer und der Grünen Linie eingesperrt sein. Diese Zahl beinhaltet nicht die über 200 000 EinwohnerInnen von Ost-Jerusalem, welche völlig isoliert von der Westbank leben werden ... Die Barriere wird die Bevölkerung auch erheblich daran hindern, die Krankenhäuser in den Nachbarstädten zu erreichen. Das Schulsystem wird ebenfalls Schaden davontragen, da viele LehrerInnen von anderen Dörfern zur Arbeit kommen."(ii) Wenn mensch sich den geplanten Verlauf dieser Barriere ansieht, und dazu lokalisiert, wo sich die größten Wasserreserven in der Westbank befinden, stellt mensch erstaunt fest, dass fast sämtliche natürlichen Wasserressourcen sich auf der Seite wiederfinden, welche für die PalästinenserInnen nicht erreichbar ist. Außerdem werden für den Bau dieser Barriere unzählige (Oliven)Bäume gerodet und massenhaft Land konfisziert. Die Bäume, die verschont bleiben, liegen häufig ebenfalls auf der „anderen Seite", wobei hier noch ergänzt werden muss, dass für sehr viel PalästinenserInnen die Ernte ihrer Früchte essentiell ist. Die Annexion von Land ist ein Charakteristikum am Bau dieser Barriere. Zum vermeintlich primären Sicherheitsaspekt, welcher die israelische Regierung dazu getrieben haben soll, dieses Projekt in dieser Art und Weise zu verwirklichen, meint Uri Ayalon: „Laut dem Israeli State Report von 2002 sind die meisten PalästinenserInnen, die in Israel Selbstmordanschläge verübt haben, durch die Checkpoints auf der Grünen Linie nach Israel gekommen und nicht durch die offenen Gebiete zwischen den Checkpoints. Deshalb hat die momentane Route so wenig mit der Sicherheit von israelischen Zivilisten zu tun."(iii)

Der renommierte israelische Historiker Moshe Zuckermann brachte das Problem, anlässlich der „Internationalen Konferenz für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel" in Köln am 5. Juni 2004, auf den Punkt: „Kein Schwein in Israel bildet sich heute noch ein, dass es eine Schutzmauer ist!"(iv)

Gewaltfreier Widerstand

Die israelischen AnarchistInnen finden sich - natürlich auch mit einer Vielzahl von Israelis, welche sich nicht mit dem anarchistischen Gedankengut anfreunden können - vorwiegend auf Demonstrationen in den besetzten Gebieten wieder, die ausschließlich von palästinensischen Dörfern organisiert werden und strickt gewaltfrei ablaufen. Gewaltfreier Widerstand wird in den besetzten Gebieten immer häufiger angewandt, was angesichts der Destruktivität von Selbstmordanschlägen nur begrüßt werden kann. Israelis und internationale AktivistInnen legen Wert darauf, dass sie als „Verstärkung" für die lokale palästinensische Bevölkerung fungieren und nicht als die InitiatorInnen des Protestes. Die israelischen DemonstrantInnen verfolgen mit ihrer Präsenz auf den Protestmärschen zwei Hauptziele: 1) die Sicherheit für alle beteiligten DemonstrantInnen zu erhöhen und 2) die Aufmerksamkeit israelischer Medien auf diese gewaltfreie Widerstandsbewegung zu lenken.(v) Dass das erste deklarierte Ziel sich auch tatsächlich verwirklicht hat, kann mensch an einem Kommentar eines ehemaligen Armee Chefs, der für diese Region „verantwortlich" war, gut ablesen: „Es besteht kein Zweifel daran, dass sich das Bild geändert hat seit sich Israelis bei Demonstrationen beteiligen ... das signifikanteste Merkmal, das sich ändert, ist das Schießen zu regulieren."(vi)

Direkte Aktionen

Punkt zwei der Prioritätenliste, Teil der medialen Berichterstattung in Israel zu werden, wurde am 26. Dezember 2003 auf einen Schlag Realität. Der Grund war die wahrscheinlich spektakulärste gewaltfreie direkte Aktion der „Anarchists against the Wall" die sie seit ihrem Bestehen durchgeführt hatten. Vier Monate nachdem das Friedenscamp in Ma´sha von Polizei und Armee unter enormer Gewaltanwendung geräumt wurde (dabei wurden 40 internationale AktivistInnen, 25 Israelis und

4 PalästinenserInnen verhaftet) vollzogen die israelische AnarchistInnen im Zuge einer Demonstration ihr Vorhaben, ein symbolischen Loch in den so verhassten Zaun zu treiben. Die direkte Aktion war gegen ein Übergangstor zwischen Ma´sha und der israelischen Siedlung Elkana gerichtet, welches, wie die meisten anderen Übergangstore auch, willkürliche „Öffnungszeiten“ hat und vor der direkten Aktion - entgegen den Versprechungen der Armee, es regelmäßig zu öffnen – sehr lange permanent verschlossen blieb (dies betrifft nicht die SiedlerInnen von Elkana). Ziel war es, das Tor des Zaunes solange mittels intensivem Rütteln und mit Hilfe von Zangen zu bearbeiten, bis das symbolische Loch Realität wurde, was im Übrigen auch gelang und auch schon zuvor bei anderen Toren mehrmals gemacht wurde. Diese direkte Aktion erlange jedoch traurige Berühmtheit, aufgrund eines Zwischenfalles mit eklatanten Folgen. Ohne Vorwarnung begann ein Scharfschütze der Armee, die sich auf der anderen Seite des Tores in Position gebracht hatten, nach ungefähr fünf Minuten mit scharfer Munition zu schießen. Dem Aktivisten Gil Na´amati wurde dabei in beide Beine geschossen. Er ist jetzt, ein Jahr nach dem Vorfall, noch immer in medizinischer Behandlung. Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich am 12. März 2004: während einer friedlichen Demonstration in Harbatha eröffnete die Armee ohne ersichtlichen Grund das Feuer mit Hartgummigeschossen(vii) und fühlte sich auch nicht veranlasst das Feuer einzustellen, als die gesamte Demo bereits schutzsuchend am Boden lag. Der israelische Aktivist Itai Levinsky versuchte mittels Megafon das Militär darauf hinzuweisen, dass es sich hierbei um eine friedliche Demonstration von PalästinenserInnen, internationalen AktivistInnen und Israelis handle und dass es keine Veranlassung gäbe, herumzuschießen. Itai wurde im Zuge dessen von einer Kugel in die Nase nahe dem linken Auge getroffen, was zur Folge hatte, dass er das Auge beinahe verlor und bis dato ebenfalls noch Probleme mit dieser Verletzung hat.(viii)

Eine weitere direkte Aktion, auf die hier eingegangen werden soll, fand am 7. Dezember 2004 in dem Dorf Budrus (Westbank) statt. Budrus ist eines der aktivsten Dörfer im gewaltfreien Widerstand gegen die/den Mauer/Zaun, was auch dazu führt, dass das Dorf sehr häufig Zielscheibe willkürlicher Repression ist und immer wieder AktivistInnen aus dem Dorf, aus klar politischen Motiven, verhaftet werden. Einer davon, der 43-jährige Lehrer und Aktivist, Ahmad Awad, sitzt seit 21. Oktober in Haft (laut jüngsten Informationen ist er jedoch wieder frei!) und genau da findet sich auch die Motivation für diese direkte Aktion. Etwa 45 Israelis versammelten sich gemeinsam mit unzähligen DorfbewohnerInnen und internationalen AktivistInnen in Budrus zu einer Demonstration gegen die/den Mauer/Zaun, welche jedoch auch gleichzeitig eine Solidaritäts-Demo für den politischen Gefangenen Ahmad Awad war und absichtlich das zuvor verhängte „militärische Sperrgebiet“ ignorierte. Die „Anarchists against the Wall“ waren allesamt ausgestattet mit Schildern, auf denen in den verschiedensten Sprachen „I am Ahmad Awad“ zu lesen war. Alle israelischen AktivistInnen hatten ihre Pässe, Personalausweise etc. nicht mit und legten es darauf an, kollektiv verhaftet zu werden. Um dies zu verwirklichen, begab sich eine Schar von ca. 40 AktivistInnen zu den schweren Baugeräten, die unweit des Dorfes bereits am Bau der Barriere beschäftigt waren. Ein beteiligter Aktivist schrieb nach der Aktion: „Der Protestzug begann um Uhr 13:00. Wir gingen mit ungefähr 100 PalästinenserInnen das Feld hinunter und kamen ca. 30 Meter vor die Bulldozer, wo die SoldatInnen standen. Diese begannen sofort, uns herumzustoßen, und schossen Tränengas und Schockgranaten nach uns.“(ix) Den AktivistInnen gelang es jedoch trotzdem sich vor die Baugeräte zu legen um diese a) eine Zeit lang symbolisch daran zu hindern, mit dem Bau der Barriere fortzufahren, und b) um verhaftet zu werden. Der Grund, warum es das Ziel war, verhaftet zu werden, war der, dass die Armee ziemlich ratlos dastand, als sie die Personalien der AktivistInnen aufnehmen wollte, diese sich jedoch weigerten ihre Personalien preiszugeben und alle AktivistInnen geschlossen behaupteten, dass sie Ahmad Awad seien. Schlussendlich wurden bis auf fünf Israelis alle wieder freigelassen. Die restlichen DemonstrantInnen mussten sich im Dorf in Sicherheit bringen, da die Armee unter Einsatz von Tränengas und Hartgummigeschossen immer weiter ins Dorf vordrang, was in der Stürmung von drei Häusern gipfelte. Das Tränengas und die Hartgummigeschosse wurden mittlerweile bereits mit Steinen von Seiten palästinensischer Jugendlicher beantwortet, womit die traurige Spirale von Gewalt und Gegengewalt sich wieder in Bewegung setzte.

Fußnoten:

i Um gleich zu Beginn die Frage zu klären ob es sich nun um einen Zaun oder eine Mauer handelt: Die Mauer (8 bis 9 Meter hoch mit bewaffneten Überwachungstürmen) ist bereits Realität in Qualqillia, teilen von Tulkarem, Ost-Jerusalem und Bethlehem. Der Rest der derzeit erbauten Barriere besteht aus Zaun (ca. 1,80 m hohe Stacheldrahtrolle gefolgt von einem 2 m tiefen Graben, danach ein 3 m hoher Zaun mit Bewegungsmeldern und Videokameras, dann wieder Stacheldraht. Vor und hinter dem Zaun befinden sich Straßen für das Militär. Gesamtbreite 40 bis 70 m).

ii Federazione dei Comunisti Anarchici, „We are all Anarchists against the Wall!“, S. 8f

iii wie oben, S. 9

iv Graswurzelrevolution 291, Sommer 2004, S. 6

v Die israelischen AnarchistInnen sprechen, bezogen auf diese Intention, von einer „rassistischen Prioritätensetzung“ in Israels Medienlandschaft, da erst gefährdete oder verletzte israelische StaatsbürgerInnen von Nöten sind, um in den Medien zu erscheinen, und selbst dann wird häufig nur über die Israelis berichtet.

vi Haaretz, Weekend Section, 16. April 2004

vii Es gibt zweierlei Arten Gummigeschosse, die die israelische Armee einsetzt. Itai hatte das „Glück“, von der harmloseren Sorte getroffen worden zu sein (1cm x 70mm großer Metallzylinder verkleidet mit einer ca. 70 mm dicken Hartgummischicht). Die zweite, weitaus häufiger zur Anwendung kommende Sorte, ist im Kopfbereich meistens tödlich (murmelgroße Metallkugel mit einem 1-2 mm dicken Hartplastikmantel)

viii In einem E-Mail vom 26.12.2004 an den Autor, wurde von den „Anarchists against the Wall“ darauf hingewiesen, dass Itai und Gil mit der Publizierung ihrer individuellen Geschichten einverstanden sind, dies jedoch an die Bedingung geknüpft ist, dass erwähnt wird, dass diese Aktivisten nur zwei von zehntausenden PalästinenserInnen sind, welche von „israeli violence“ verletzt oder getötet werden und dass sie es ablehnen, mediale Aufmerksamkeit zu bekommen, wenn im Gegenzug palästinensische Opfer marginalisiert werden.

ix https://israel.indymedia.org/newswire/display_any/1291

Österreichische Post AG • Info.Mail Entgelt bezahlt •

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt 1100

Info.Mail
Entgelt bezahlt

Achtung AbonnentInnen!

Wenn Du im Adresspickerl rechts oberhalb deines Namens eine Nummer in doppelter Klammer findest, so handelt es sich um die Nummer des letzten TATblatts, das du im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst. Also: **rechtzeitig verlängern**! Bei Fehlern oder Unklarheiten schreibe uns bitte!

Abo

Preise innerhalb Österreichs:
10 Nummern Abo: 13 Euro
20 Nummern Abo: 25 Euro
20 Nummern Förderabo: 60 Euro
20 Nummern Institutionenabo: 60 Euro
Preise außerhalb Österreichs:
10 Nummern Abo: 20 Euro
Bestellungen einfach durch Einzahlung des Abopreises auf das Konto P.S.K. 75 47 212
(Empfängerin: U.I.I., Verwendungszweck TATblatt-Abo, Name und Adresse nicht vergessen)

Verkaufsstellen

Wien 1: BH Winter (Landesgerichtsstr. 20) **Wien 6**: Rave Up (Hofmühlg. 1) **Wien 7**: Südwind (Mariahilferstr. 8) **Wien 9**: Buchwelt (Schwarzspanierstr. 15), Anarchistische Buchhandlung (Hahng. 15) **Wien 10**: Infoladen 10 (Wielandg. 2-4) **Wels**: KV Infoladen (Spitalhof 3) **Linz**: Infoladen Treibsand (Rudolfstr. 17) **Salzburg:** Infoladen (Lasserstr. 26) **Innsbruck:** Info Beisl, PMK - Bogen (19) **Graz:** Infoladen (im Sub Kaiser-Franz-Josef Kai 66, im ersten Stock)

Impressum

Medieninhaberin, Herausgeberin:
Unabhängige Initative Informationsvielfalt
1100 Wien, Wielandg. 2-4/414
Konto P.S.K. 75 47 212
Tel.: (01) 641 03 17
E-mail: tatblatt@blackbox.net
Redaktion: ebd.
Druck und Vertrieb: Unabhängige Initative Informationsvielfalt, ebd.
DVR Nummer: 0558371

tatblatt.net

Redaktionelles

Redaktionelle Beiträge sind als solche gekennzeichnet. LeserInnenbriefe, nicht als redaktionell gekennzeichnete Beiträge sowie Texte im "TATblatt-Originaltextservice" geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern der VerfasserIn wieder.

Gegen das Böse auf der Welt

Die erste Ausgabe des TATblatt erschien im Oktober 1988 als Vorbereitung des "Projekts Zweitageszeitung" mit der Nummer minus 101.

Dem Ehrenkodex des Österreichischen Presserates verpflichtet

Wiener Kongreß 2005

Vom 11.-17.5.2005 ("Pfingsten") wird Wien Schauplatz eines internationalen linksradikalen Kongresses sein.

Verschiedene politische und kulturelle Veranstaltungen, Veranstaltungsreihen und Aktionen werden in diesem Rahmen stattfinden. Der Wiener Kongreß wird von antiautoritär eingestellten Personen und Gruppen mit systemüberwindender Zielrichtung durchgeführt.

Es werden alle RevolutionärInnen, AnarchistInnen und denkenden Menschen dazu aufgerufen, sich in welcher Form auch immer einzubringen und zu beteiligen.

e-mail Kontakt: wienerkongress@gmx.net